

**Ä13 zu L1: Wir bewegen Brandenburg: nachhaltige Mobilität für Alle!**

Antragsteller\*innen      Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark)

**Antragstext**

**Von Zeile 20 bis 21:**

Dass Menschen bereit sind, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, hat uns der Erfolg des 9-Euro-Tickets vor Augen geführt. Aus diesem Grund haben wir vehement ein Nachfolgeticket eingefordert. Bundesverkehrsminister Wissing hat lange versucht, eine Nachfolgeregelung auszusetzen und die Verantwortung von sich gewiesen. Dass das „**Deutschlandticket**“ jetzt kommt, **ist ein Meilenstein auf dem Weg hin zur klimaneutralen Mobilität und lichtet den Tarifdschungel** in der Bundesrepublik. Dennoch ist das 49-Euro-Ticket noch nicht für alle eine passende Lösung. Positiv ist die anvisierte Job-Ticket-Variante für knapp 35€, für die es auch keine Mindestanzahl an Beschäftigten geben soll. Ebenfalls ein guter Schritt ist das Zukauf-Modell für Studierende mit Semestertickets. **Wir Brandenburger Bündnisgrüne setzen uns allerdings dafür ein, dass das Zukauf-Modell für Studierende zu einem bundesweit einheitlichen 29€-Bildungsticket für Studierende, Azubis und Schüler\*innen weiterentwickelt wird** Auch Rentner\*innen und Transferleistungsempfänger\*innen wollen wir gemeinsam mit Berlin den Preis von 29 Euro anbieten. Für ~~all diese Vorschläge muss Landesverkehrsminister Beermann seinen Widerstand endlich aufgeben~~ Schüler\*innen mit Transferleistungsbezug forcieren wir die vollständige Kostenübernahme des Deutschlandtickets. Für all diese Vorschläge muss Landesverkehrsminister Beermann seinen Widerstand endlich aufgeben.

**Begründung**

Auch die vorgeschlagene Kostenreduzierung des 49-Tickets auf 29€ für Schüler\*innen, Student\*innen, Auszubildende, Rentner\*innen und Transferleistungsempfänger\*innen stellt für viele eine große Hürde für gesellschaftliche Partizipation dar. Diese Barriere muss schnellstmöglich reduziert werden - beginnend bei den Vulnerabelsten unserer Gesellschaft. Kostenfreier ÖPNV würde für Schüler\*innen mit Armutshintergrund eine Zäsur darstellen und eine

erheblich positive Auswirkung auf ihre Lebensqualität haben. In anderen Bundesländern mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung (bspw. Hamburg) wird diese Forderung bereits umgesetzt werden.